



Arbeitswissen zum Lernmodul: Europa-Konzepte

Chronologie

Geschichte der Europäischen Integration – Vertiefungs- und Erweiterungsschritte

GRÜNDUNG	1950 Der französische Außenminister Robert Schuman hat den Plan, die Kohle- und Stahlindustrien Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinen, um damit einen neuen Krieg zwischen beiden Ländern unmöglich zu machen.
	1951 Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien und die Niederlande unterzeichnen in Paris den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die EGKS wird auch Montanunion genannt.
VERTIEFUNG	1957 Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien und die Niederlande unterzeichnen die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Das Ziel ist die Bildung eines gemeinsamen Marktes. Parallel dazu wird die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet.
VERTIEFUNG	1967 EGKS, EWG und Euratom schließen sich zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) zusammen.
VERTIEFUNG	1968 Die Zollunion tritt in Kraft. Die Zölle im Handel innerhalb der EWG werden aufgehoben.
ERWEITERUNG	1973 Großbritannien, Dänemark und Irland treten den EG bei.
VERTIEFUNG	1978 Das Europäische Währungssystem (EWS) wird beschlossen. In Folge wird der ECU als Rechnungseinheit eingeführt.
ERWEITERUNG	1981 Griechenland wird EG-Mitglied.

VERTIEFUNG	1985 Die BRD, Frankreich und die Benelux-Staaten schließen das Schengener Abkommen über die Abschaffung der Grenzkontrollen (in Kraft seit 1995).
ERWEITERUNG	1986 Spanien und Portugal werden EG-Mitglieder.
VERTIEFUNG	1986 Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (in Kraft seit 1987). Sie ist die erste umfangreiche inhaltliche Weiterentwicklung der Gründungsverträge. In ihrem Mittelpunkt steht die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, der auf den vier Freiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) basiert (verwirklicht 1993). Zudem umfasst sie ein Bekenntnis zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion.
VERTIEFUNG	1992 Im Vertrag von Maastricht (in Kraft seit 1993), der die heutige "Europäische Union" (EU) begründet, wird die Wirtschafts- und Währungsunion festgeschrieben. Zugleich vereinbaren die EG-Staaten, ihre Zusammenarbeit über die Wirtschaft hinaus auf neue Bereiche auszudehnen. Die EU entwickelt sich in Folge stärker zu einer politischen Gemeinschaft. Die EG- und EFTA-Staaten schließen einen Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (in Kraft seit 1994).
ERWEITERUNG	1995 Österreich, Finnland und Schweden treten mit 1. Jänner der Europäischen Union bei.
VERTIEFUNG	1997 Unterzeichnung des Vertrags von Amsterdam (in Kraft seit 1999). Er ist die dritte umfassende Reform der europäischen Gemeinschaftsverträge, der auch die soziale Dimension der in Maastricht beschlossenen Wirtschafts- und Währungsunion berücksichtigt. Er verstärkt die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und erklärt eine gemeinsame Beschäftigungspolitik, Bürgernähe und Transparenz zu einem zentralen Anliegen der EU.
VERTIEFUNG	2000 Der Vertrag von Nizza (in Kraft seit 2003) wird unterzeichnet. Angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterungen bringt er institutionelle Reformen der EU.
VERTIEFUNG	2002 Der Euro wird als Bargeld (seit 1999 gab es ihn schon als Buchgeld) eingeführt.

ERWEITERUNG	2004 Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern treten bei.
VERTIEFUNG	2004 Die Staats- und Regierungschefs unterzeichnen in Rom den Entwurf einer europäischen Verfassung. Der Verfassungsentwurf scheitert jedoch.
ERWEITERUNG	2005 Die EU nimmt Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei auf. Mazedonien erhält den Status eines Beitrittskandidaten.
ERWEITERUNG	2007 Bulgarien und Rumänien treten der EU bei. Die EU hat damit 27 Mitglieder.
VERTIEFUNG	2007 Der Vertrag von Lissabon wird unterzeichnet. Er soll die EU transparenter, demokratischer und handlungsfähiger machen. Bevor er in Kraft treten kann, muss er jedoch noch in jedem Mitgliedsstaat ratifiziert werden.
VERTIEFUNG	2009 Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft.
	ERWEITERUNG 2010 Island erhält den Status eines Beitrittskandidaten. Montenegro wird in die Liste der offiziellen Beitrittskandidaten bestehend aus Türkei, Kroatien, Mazedonien und Island aufgenommen.
VERTIEFUNG	2011 Der von Frankreich und Deutschland forcierte Plan einer stärker europäisch koordinierten Wirtschaftspolitik wird von der EU aufgenommen. Nach einem Sondergipfel erklärt EU-Ratspräsident Rompuy, dass man eine gemeinsame Wirtschaftsregierung auf den Weg bringen wolle. Österreichs Regierung lehnt die Idee ab und kritisiert, dass dies eine Änderung der EU-Verträge erfordern würde.
ERWEITERUNG	2012 Serbien erhält den offiziellen Status eines Beitrittskandidaten. Die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Montenegro beginnen.
ERWEITERUNG	2013 Kroatien tritt als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union bei.
ERWEITERUNG	2014 Die Beitrittsverhandlungen mit Serbien werden aufgenommen.

Quelle: www.demokratiezentrum.org